

(Abg. Sojka)

ne Lehrbefähigung hatten, mit Methodik und Didaktik gut ausgestattet waren. Das wünsche ich mir nach wie vor, dass Erzieherinnen mit dieser Breitbandausbildung modular das auch aufsetzen können und dann auch wieder eine E9 erhalten statt der E6 oder E5, wie die Kommunen derzeit einstellen. Dieser Differenzbetrag, das ist der, der dann ausgegeben wird für Springerstellen, für 50-Prozent-Stellen, für irgendwelche Honorarverträge und das nenne ich sparen auf Kosten der Beschäftigten und das darf zukünftig nicht sein.

(Beifall DIE LINKE)

Spätestens in 10 Jahren fehlen diese Kolleginnen, die jetzt noch diese umfangreiche Arbeit leisten, zu 80 Prozent auch früh im Unterricht eingesetzt werden können, wenn sie nicht gerade vom Bildungsamt Erfurt ein Schreiben an die Schulen geschickt bekommen, was sie alles nicht machen dürfen. Kommunalisieren Sie die Schulämter, denn die treten auf die Bremse. Lassen Sie endlich die tatsächliche eigenverantwortliche Schule zu, ermöglichen Sie einen fairen Wettbewerb zwischen den kommunalisierten Modellen und

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den nicht kommunalisierten Modellen, geben tatsächlich dasselbe Geld in das System eigenverantwortliche Schule, gute Schule, Thüringer Schule, so dass es dann als Exportschlager bis nach Berlin und sonstwo in ganz Deutschland exportiert werden kann und dann sind wir uns wieder einig. Machen Sie jetzt nicht dieses Stückwerk, da geht was kaputt, lassen Sie auch die Kritiker zu Wort kommen, den Saalfelder Bürgermeister, die Zeulenrodaer und auch die Erzieherinnen, die sich nicht trauen, weil sie von Frau Schweinsburg einfach den Mund verboten kriegen. Das ist keine gute Politik, denn wenn man Kritiken nicht zulässt, kann man bestehende Systeme nicht weiterentwickeln und das wollen wir nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister noch einmal.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Kollegin Sojka, Sie können sicher sein, dass wir alle Stimmen in dieser Debatte nicht nur zulassen, sondern auch hören wollen. Natürlich wollen wir auch die schwierigen Erfahrungen hören, natürlich geht es auch um kritische Auseinandersetzungen mit der Hortentwicklung. Aber um eines bitte ich Sie: Wir sind uns doch in vielen Grundfragen so einig, dass wir die Detailfragen in Ruhe miteinander besprechen können, wie die geregelt werden, wie

konkrete Verträge oder Personalübergänge ausgestaltet werden, das ist doch keine Frage, die wir jetzt in den Vordergrund stellen müssen. Die Grundprinzipien habe ich deutlich gemacht, dauerhafte, transparente Eins-zu-Eins-Finanzierung an die Kommunen, keine finanzielle Schlechterstellung der Beschäftigten und Sicherung der pädagogischen Einheit von Hort und Schule. Dann lassen Sie uns über die Ausgestaltung dieser Grundprinzipien miteinander reden, damit wir das gut auf den Weg bringen. Aber nicht draußen das Signal geben, als wären wir hier völlig auseinander, sondern geben Sie den Eltern und auch den Beschäftigten das Stück Sicherheit, dass es eigentlich eine weitgehende politische Übereinstimmung gibt, dann werden wir auch in der Lage sein, die Einzelfragen zu lösen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und kann damit diesen Teil der Aktuellen Stunde schließen.

Ich rufe nun **den fünften und letzten Teil** auf

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Wirtschaftsstandort Thüringen stärken - Für eine bessere Kommunikation und Transparenz zwischen Landesregierung und Wirtschaft"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/3279 -

Zuerst hat das Wort der Abgeordnete Adams aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten 18 Monaten sind die Förderkriterien für die GRW-Richtlinie dreimal verändert worden. Das führt zu auffälligen Disharmonien zwischen Landesregierung und der Wirtschaft und den Wirtschaftsverbänden, die leider bisher nicht beendet werden konnten. Wir GRÜNEN glauben nun natürlich an den Streit, aber nur wenn er ein Ziel hat. Das Ziel des Streites, den die Landesregierung hier mit den Wirtschaftsverbänden führt, ist uns unklar und deshalb fragen wir in dieser Aktuellen Stunden hier nach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Frühjahr dieses Jahres wurden die Förderkriterien zum ersten Mal angepasst. Man wollte Zeitarbeit zurückdrängen, weil - und das ist natürlich auch ein richti-

(Abg. Adams)

ges Anliegen - es natürlich besser ist, wenn jeder Einzelne einen vollen Arbeitszeitplatz, einen festen Arbeitsplatz hat und nicht darum bangen muss, im nächsten Monat arbeitslos zu sein. Aber ganz richtig gab es hier Kritik aus der Wirtschaft, weil es nämlich vollkommen übertrieben ist, dieses Flexibilisierungsinstrument absolut zu diskreditieren. Ihre Argumentation gegenüber den Wirtschaftsverbänden war: Die Wirtschaftsverbände sind nicht die Wirtschaft, ich rede mit den einzelnen Wirtschaftsunternehmen und diese Wirtschaftsunternehmen bestätigen mich in meinem Kurs. Es wird Sommer, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Sie haben zu viele Anträge - löblich. Das ist ja ganz wunderbar, ein Indikator dafür, dass unsere Konjunktur boomt. Der Effekt: Die Wirtschaftsverbände kritisieren, dass sie ganz schnell einmal einführen, hier ein weiteres Kriterium einzubringen, nämlich die geschaffenen Arbeitsplätze. Ihre Antwort in Richtung Wirtschaftsverbände ist wieder, ihr seid nicht die Wirtschaft, die Wirtschaft sind die einzelnen Betriebe. Das ist schlechte Kommunikation, das ist vor allen Dingen schlechte Kommunikation vor dem Hintergrund, dass Sie zur gleichen Zeit Fördermittel ausgeben an ein Unternehmen, das null Arbeitsplätze schafft mit der Begründung, die sind so groß, die haben so viel schon geschaffen, es reicht hier das Kriterium, die Arbeitsplätze zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man Wirtschaftspolitik nicht machen. Aber nicht jede Kommunikation in diesem Fall ist auch wirklich hilfreich. Die CDU-Fraktion legte in diesem Streit auch noch nach und bringt den Wirtschaftsminister unter zusätzlichen Druck. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man machen, aber wenn man hier mit Halbwahrheiten argumentiert, dann wird es schwer. Wir als Opposition freuen uns natürlich darüber, wenn die Koalitionsfraktionen sich so vortrefflich streiten und fast bei jedem Thema zeigen, zeigen wollen, dass es mit der Regierungsfähigkeit bei ihnen schwer ist. Aber auf dem Rücken der Mittelständler dies zu tun, da bekommen Sie von uns ein deutliches Zeichen, das wollen wir nicht und das dürfen Sie in Zukunft auch nicht tun. Es ist im Übrigen große Geldverschwendung, wenn das Wirtschaftsministerium mit einer millionenschweren Werbekampagne vor der Tagesschau wirbt und richtig darstellt, Thüringen ist groß, Thüringen reicht von Mühlhausen bis nach New York und hoch in die Luft. Das ist vollkommen okay. Aber wenn es zur gleichen Zeit in Thüringen einen kleinkarierten Schlagabtausch zwischen den Koalitionsfraktionen, dem Wirtschaftsministerium und den Wirtschaftsverbänden gibt, dann hat hier etwas nicht gefruchtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen Sie sich vor, ein Unternehmer, ein Investor, der durch die wirklich gelungene - meiner Meinung

nach wirklich gelungene - Werbekampagne ange-lockt wird, liest dann in der Ostthüringer Wirtschaft, in der Zeitung der IHK Folgendes. Frau Präsidentin, ich zitiere: „Die Thüringer Investitionsförderung jedoch ist alles andere als verlässlich.“ Und einen Absatz weiter: „Es wird nicht mit gleichem Maß gemessen. Das Arbeitsplatzkriterium gilt nur für KMU, es gilt nicht bei großen Unternehmen und dann gibt es da noch die Einzelentscheidung durch den Wirtschaftsminister.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solcher Investor der das wahrnehmen muss, dreht um und sagt, das ist halt der typische Unterschied zwischen Werbung einerseits und andererseits dem wahren Inhalt des Produkts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ist zu einem sehr großen Teil Psychologie. Wir haben den Eindruck, dass Sie das an dieser Stelle mehrfach in diesem Jahr übersehen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es gibt noch einen weiteren Punkt. Im Frühling dieses Jahres haben wir das Vergabegesetz diskutiert, kontrovers. Ein Ergebnis der parlamentarischen Debatte war doch, dass wir die Präqualifizierung hier mit in das Verfahren einbringen wollen. Derzeit arbeitet man daran, wie diese Präqualifizierung hier in Thüringen zertifiziert durchgeführt werden soll. Machen Sie das auch mit Einzelunternehmen? Nein, Sie gehen folgerichtig natürlich auf die Handwerkskammern und auf die IHKs zu. Ganz deutlich wird doch an der Stelle, Sie brauchen diese Verbände und wir können uns diesen Streit zwischen Verbänden und Wirtschaftsministerium im Sinne einer guten Wirtschaftspolitik für Thüringen nicht leisten. Das ist das Anliegen unserer Debatte hier. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Günther zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, als ich die Unterschrift unter dieser Aktuellen Stunde las, da musste ich die Brille abnehmen und mir die Augen reiben. Hatte die Landtagsverwaltung etwa den Absender mit der FDP verwechselt? Ich habe mich schon gewundert, dass die GRÜNEN hier als Lobbyisten für die Thüringer Wirtschaft auftreten, Herr Adams, Welch eine Metamorphose.

(Beifall DIE LINKE)

Oder ist es doch nur Stimmungsmache oder wollten Sie hier als Spaltpilz in die Koalition reinwirken? Sie